BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion – Bad Dürkheim

Bad Dürkheim, den 17.06.2025

Es gilt das gesprochene Wort.

Rede zum Nachtragshaushalt von Judith Hagen für Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat am 17.06.2025

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,
liebe Anwesende,

heute schließen wir die Diskussion über den Nachtragshaushalt 2025 ab und fällen eine Entscheidung. Wir alle wissen: Niemand spricht gerne über Steuererhöhungen. Aber manchmal müssen wir uns unbequemen Wahrheiten stellen. So wie Familien in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ihre Ausgaben überprüfen und manchmal unangenehme finanzielle Entscheidungen treffen müssen, steht auch unsere Stadt vor dieser Herausforderung.

Eines ist uns Grünen dabei ganz wichtig: Alle freiwilligen Leistungen sollen erhalten bleiben! Das kulturelle Leben, die Vereinsförderung, die Unterstützung sozialer Projekte – all das macht unsere Stadt lebenswert. Dafür lohnt es sich zu kämpfen, auch wenn es bedeutet, dass wir an anderer Stelle Mehrbelastungen akzeptieren müssen. Das ist in dem vorgelegten Nachtragshaushalt gelungen.

Eines passt aus unserer Sicht aber nicht: Unsere zentrale Forderung zu diesem Nachtragshaushalt ist eine Differenzierung der Hebesätze – und zwar jetzt! Auch wenn die rechtliche Situation noch nicht abschließend geklärt ist. Leider wurde das vorhin anders beschlossen.

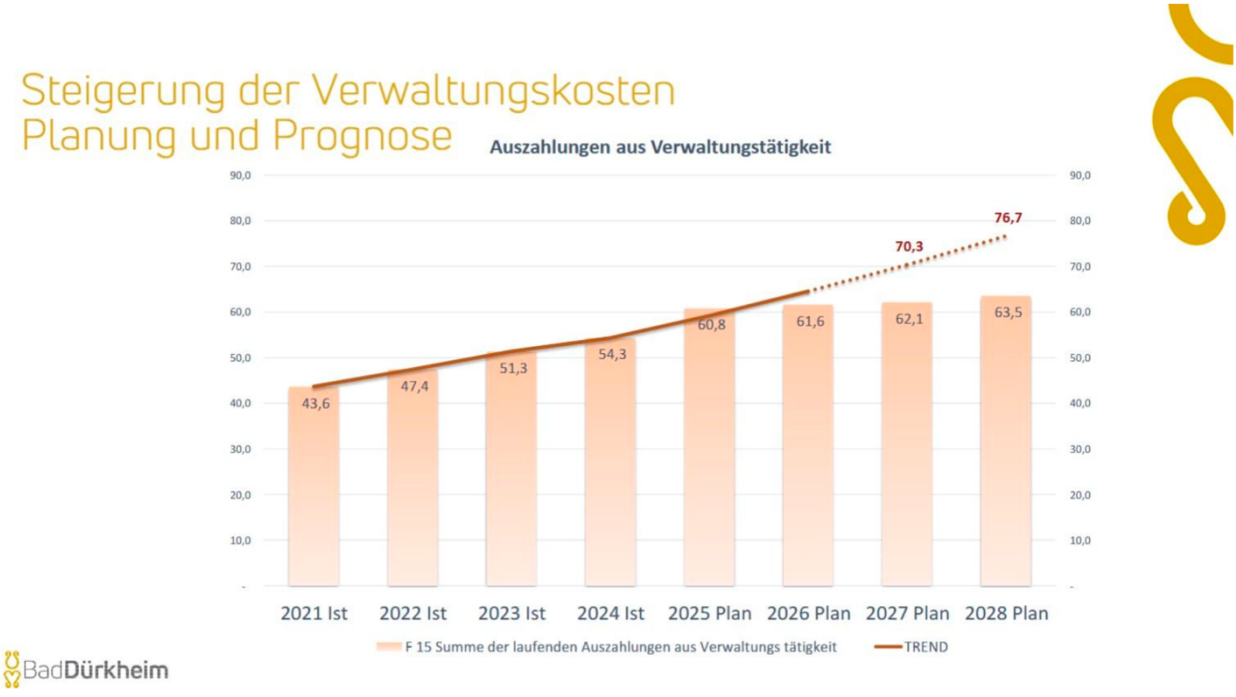
Warum wollen wir die Differenzierung? Weil wir keine Steuererhöhungen nach dem Gießkannenprinzip wollen! Mit der letzten Hebesatzänderung zu Beginn des Jahres ist für viele Bad Dürkheimerinnen und Bad Dürkheimer die Grundsteuer erheblich gestiegen, für die meisten Betriebe jedoch deutlich gesunken. Differenzierte Hebesätze ermöglichen es uns, hier feiner zu steuern, die Belastungen fair zu verteilen auf Bürgerinnen und Bürger und Betriebe. Wir wollen all diejenigen Bürgerinnen und Bürger mit der Grundsteuer nicht noch

mehr belasten, die hier in Bad Dürkheim zur Miete wohnen oder Eigentum haben und bereits eine Steuererhöhung dieses Jahr verkraften mussten. Differenzierte Hebesätze hätten hier mehr Gerechtigkeit bedeutet.

Immer mehr Städte entscheiden sich für eine Differenzierung, Ludwigshafen hat gerade gestern nachgezogen. Wenn wir warten, bis die Rechtssicherheit hergestellt ist, würde das bedeuten, dass wir für einige Bürgerinnen und Bürger die Steuern zweimal erhöhen - nämlich jetzt und dann nochmal, wenn die Rechtssicherheit da ist. Das wollen wir vermeiden. Bei der Steuererhöhung jetzt muss es bleiben, mehr darf es nicht werden!

Blicken wir an dieser Stelle auch nach vorne, denn: Nach dem Nachtragshaushalt 2025 ist vor den Haushaltsberatungen für das Jahr 2026! Ab jetzt sehen wir Grüne unsere Aufgabe als Opposition darin, Einsparprozesse verschärft zu kontrollieren! Wir fordern interne Optimierungsprozesse in der Verwaltung: Stellen Abgaben wie die Tourismus- oder die Wirtschaftswegeabgabe mehr Verwaltungsaufwand dar als Ertrag?! „Personalfresser“ müssen gefunden und abgebaut werden! Prozesse müssen überprüft und, da wo nötig, umgestellt werden. Wir wollen mehr Digitalisierung und weniger Bürokratie! *Zwei Beispiele: Sitzungsgelder in Briefform – Digitalisierung der Vereinsförderung.*

Maik Sokolowski-Kühn hat uns in seiner Präsentation zum Nachtragshaushalt sehr schön die Einsparungen in den zukünftigen Verwaltungskosten aufgezeigt.



Die Bemühungen unserer Verwaltung für diesen Nachtragshaushalt 2025 waren enorm. Toll! – Und so muss es weitergehen! Aber: Die grüne Fraktion wird ab jetzt jeden Vorschlag daraufhin überprüfen, ob der Nutzen groß genug ist, ob er sich lohnt. Wir müssen mit unserer Verwaltung auf Dauer effizienter werden, ohne freiwillige Leistungen streichen zu müssen. Wir Grüne werden genau hinschauen!

Lassen Sie mich hier auch ein Wort zur Therme sagen: Ja, wir Grünen haben damals mehrheitlich gegen eine Therme in dieser Größe gestimmt. Wir wollten es kleiner haben. Aber jetzt geht es darum, das Beste aus der Situation zu machen. Wir wollen, dass die Therme läuft und Bad Dürkheim bereichert. Und: sie wird schön! Das können wir jetzt schon sehen. Vergangene Entscheidungen können wir nicht ändern, aber wir können und müssen gemeinsam dafür sorgen, dass sie zum Erfolg werden.

Ein besonderes Augenmerk müssen wir in diesem Zusammenhang in Zukunft auf unsere Stadtwerke als Tochtergesellschaft der Stadt richten. Die Stadtwerke haben eine erhebliche Last durch die Kostensteigerung im Thermenprojekt zu stemmen. Die Stadt musste hier den Stadtwerken manches Mal finanziell unter die Arme greifen. Und wir sehen hier auch in Zukunft drohende weitere Belastungen für den städtischen Haushalt. Die Energiewende ist in vollem Gange, und wenn wir die Transformation des Stadtwerkekonzepts nicht rechtzeitig schaffen, sind wir mit unseren Stadtwerken abgehängt. Das können wir uns nicht leisten – weder finanziell noch klimapolitisch!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Entscheidung, die wir heute treffen, ist keine leichte. Wir sehen die großen Einsparbemühungen der Stadtverwaltung und sehen die Notwendigkeit einer Steuererhöhung jetzt, um Schlimmeres zu verhindern. Gleichzeitig ist es unser erklärtes Ziel, zukünftige weitere Steuererhöhungen zu vermeiden. Dafür müssen wir heute die richtigen Weichen stellen.

Die in Top 1 beschlossene Hebesatzsatzung sieht keine Differenzierung der Hebesätze vor, wie es unsere zentrale Forderung ist. Eine Chance auf eine gerechtere Lastenverteilung ist damit vertan. Wir können dem Nachtragshaushalt deshalb heute nicht zustimmen.